

01/2008

2015
aktuell

31. Januar 2008

1. **Weltwirtschaftsforum in Davos: Aufruf zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele**
2. **Freihandelsabkommen zwischen EU und AKP-Staaten abgeschlossen**
3. **Gefährdung des Rechts auf Nahrung durch Bioenergie**
4. **Paul Kagame erhält „African Gender Award“**
5. **Entwicklung durch technologischen Fortschritt**
6. **Exportförderzonen als Entwicklungsmotor?**
7. **MDG 4: Kindersterblichkeit trotz Fortschritt dramatisch hoch**
8. **Schlechte Noten für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit**
9. **Internationales Jahr der sanitären Grundversorgung**

*Kurz notiert
Termine*

1. Weltwirtschaftsforum in Davos: Aufruf zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele

Zum alljährlichen Weltwirtschaftsforum in Davos (Schweiz) versammelten sich vom 23. bis zum 27. Januar rund 2 500 Staats- und Regierungschefs, Minister, Wirtschaftsführer und Prominente aus Kultur und Medien. Geprägt war das Forum durch die weltweiten Börsenturbulenzen und die drohende Rezession in den USA. Einige Teilnehmende nutzten die internationale Aufmerksamkeit, um einen Aufruf zu Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) zu präsentieren. Darin konstatieren sie einen „Entwicklungs-Notstand“ und verpflichten sich zur Zusammenarbeit, um die MDG fristgerecht zu verwirklichen. Zu den Unterzeichnern gehören UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, der nigerianische Präsident Umaru Musa Yar Adua, der britische Premierminister Gordon Brown, Königin Rania Al Abdullah

von Jordanien, Microsoft-Firmengründer Bill Gates, U2-Sänger Bono und John T. Chambers von Cisco. Das Jahr 2008 müsse – so die Autoren – einen Durchbruch bei der Verwirklichung der MDG bringen. Gelegenheiten dazu gäbe es in diesem Jahr einige: Im Frühjahr will der Private Sektor neue Maßnahmen zu Unterstützung der MDG ankündigen, im Juni wird die EU über neue Aktionen zur Umsetzung der MDG beraten, im Juli wird der G8-Gipfel in Japan den Schwerpunkt auf Entwicklung und Klimawandel setzen und im September findet erstmals ein UN-Gipfel mit Regierungen, Wirtschaftsführern und zivilgesellschaftlichen Organisationen statt, der eine Bilanz der MDG-Umsetzung ziehen und zusätzliche Schritte formulieren wird, wie die internationale Gemeinschaft den Einsatz für die MDG verstärken kann. (www.weforum.org)

Die Vorstandsvorsitzende des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), Dr. Claudia Warning, begrüßte den Aufruf. Diese Erklärung, so Warning, „ist eine starke Ermutigung für alle Menschen, die sich – im Süden wie im Norden – für die Armutsbekämpfung und die Erreichung der MDG einsetzen. Vor allem die Regierungen der G8 sind in der Pflicht, verstärkte Anstrengungen für die MDG zu unternehmen. Und Regierungschefs wie Gordon Brown und Nigerias Präsident Umaru Musa Yar Adua, werden daran gemessen werden, wie sie die Ziele des Aufrufs in ihrem eigenen politischen Verantwortungsbereich praktisch umsetzen. Aufrufe sind sicherlich gut, aber diese Menschen stehen in einer konkreten politischen Verantwortung, die sie auch bitte wahrnehmen sollen.“ (www.venro.org)

Die Lobbyorganisation DATA (Debt, AIDS, Trade, Afrika), die sich für mehr Unterstützung für Afrika einsetzt, erklärte, der Kampf gegen extreme Armut sei kein Schönwetterthema. „Er muss auch in schwierigen Zeiten geführt werden – zumal wir ihn gewinnen können“, so DATA Geschäftsführer Jamie Drummond. Auch Rockmusiker Bono und Friedensnobelpreisträger Al Gore redeten den Teilnehmenden des Weltwirtschaftsforums ins Gewissen: Während Gore einen stärkeren Einsatz gegen den Klimawandel forderte, mahnte Bono die Einhaltung der versprochenen Hilfszusagen für die ärmeren Länder an. Auf dem G8-Gipfel im schottischen Gleneagles hätten die Staatschef jährlich 50 Milliarden US-Dollar für die ärmsten Ländern zugesagt (siehe „2015-aktuell“ 07/2005), bisher sei aber nur die Hälfte gezahlt worden, so der bekannte Musiker. Bono und Al Gore kündigten eine engere Zusammenarbeit an, um der Debatte um Klimaschutz und Entwicklungshilfe neuen Schwung zu geben. (www.data.org)

Anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos haben Globalisierungskritiker beim Globalen Aktionstag des Weltsozialforums am 26. Januar weltweit gegen Globalisierung und Wirtschaftsliberalismus demonstriert. Zu den mehr als 600 dezentralen Aktivitäten zählten unter anderem Konzerte gegen Armut in Brasilien und Kolumbien, ein Frauenmarsch in Indien, Proteste von Bauern in Indonesien, eine „Maiskarawane“ in Mexiko sowie die Konferenz „Das andere Davos“ in der Schweiz. Der Ausschuss für Menschenwürde und Menschenrechte des Weltsozialforums forderte Regierungen und Unternehmen auf, die Lücken in der Verantwortlichkeit für Menschenrechte zu schließen. Insbesondere arme Menschen litten in zunehmendem Maße unter der Verletzung ihrer Grundrechte. So hätten marginalisierte Menschen dauerhaft damit zu kämpfen, dass sie ihre Rechte auf Land, Wasser, Saatgut und soziale Dienstleistungen nicht verwirklichen könnten. Der Ausschuss forderte daher,

dass alle Akteure, deren Handeln Auswirkungen auf die Menschenrechte habe, ihrer Verantwortung gerecht würden. (www.wsf2008.net, www.brot-fuer-die-welt.de/presse/660_presse-detail_DEU_HTML.php?ck=272)

2. Freihandelsabkommen zwischen EU und AKP-Staaten abgeschlossen

Zu Beginn des Jahres 2008 traten neue Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) zwischen der EU und den Staaten Afrikas, der Karibik und dem Pazifik (AKP-Staaten) in Kraft. Entgegen der ursprünglichen Pläne der EU wurden jedoch nur mit 15 karibischen Staaten vollständige EPA abgeschlossen. Mit 20 weiteren Staaten schloss die EU lediglich Interims-Abkommen ab, die eine Liberalisierung des Warenhandels, nicht aber des Dienstleistungsverkehrs oder der Investitionen beinhalten. Hintergrund der Freihandelsabkommen ist das Auslaufen einer bisher bestehenden Ausnahmeregelung der Welthandelsorganisation (WTO) zum 1. Januar 2008. EU-Entwicklungskommissar Louis Michel begrüßte die Abkommen und erklärte, diese seien ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in den AKP-Staaten. Ziel für das Jahr 2008 sei es, die abgeschlossenen Interims-Abkommen in vollständige EPA umzuwandeln.

(http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2007/november/tradoc_136959.pdf9)

Nichtregierungsorganisationen kritisierten den Abschluss der Abkommen und warnten vor den Folgen, die nicht nur die vollständigen, sondern auch die Interims-Abkommen für die AKP-Staaten haben werden. Die weitreichende Marktöffnung, die die EU mit den Abkommen durchgesetzt hätte, bedrohe weite Teile der Wirtschaft der AKP-Staaten in ihrer Existenz. Kritisiert wurde, dass die Abkommen es den AKP-Staaten kaum erlaubten, ihre Märkte vor subventionierten Importen aus der EU zu schützen. Dies gefährde nach Ansicht des Bündnisses StopEPA die Existenzgrundlage von Millionen von Kleinbauern in diesen Ländern. Bereits auf dem EU-Afrika-Gipfel, der im Dezember in Lissabon stattfand (siehe „2015-aktuell“ 12/2007), hatten sich die Regierungschefs mehrerer afrikanischer Staaten gegen die EPA ausgesprochen: Während die Europäische Kommission vordergründig die gemeinsame Partnerschaft in den Vordergrund stelle, ginge es ihr tatsächlich um die Durchsetzung ihrer Handelsinteressen.

(https://sslsites.de/stopepa.de/img/PM-StopEPA_201207_final.pdf)

3. Gefährdung des Rechts auf Nahrung durch Bioenergie

Am 17. Dezember diskutierten mehr als 250 Teilnehmer auf einer vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) veranstalteten Konferenz das Potential und die Risiken des Bioenergiebooms für die ländliche Entwicklung und die Hungerbekämpfung. Ziel der Veranstaltung mit dem Titel „**Politik gegen Hunger VI: Bioenergie und Ernährungssicherheit**“ war es, Wechselwirkungen zwischen dem Anbau nachwachsender Rohstoffe und der Ernährungssicherheit zu diskutieren und insbesondere Optionen für die kleinbäuerliche Landwirtschaft aufzuzeigen. Ein wichtiges Ergebnis der Konferenz ist die Forderung einer Zertifizierung für agrarische Produkte, für die Nachhaltigkeitskriterien entwickelt werden müssten. Nur eine umsichtige Politik, die Bioenergie in einen Zusammenhang mit ländlicher Entwicklung und Nachhaltigkeit setze, könne einen Beitrag zur Ernährungssicherheit leisten, erklärte die Parlamentarische Staatssekretärin im BMELV Ursula Heinen. (www.policies-against-hunger.de)

Nach Ansicht von Germanwatch, FIAN, Brot für die Welt und Misereor stellten die Empfehlungen der Konferenz die Agrarenergiepolitik der EU und der Bundesregierung grundlegend in Frage. Insbesondere die verpflichtende Quote zur Beimischung von Agrartreibstoffen zu Benzin und Diesel setze ein falsches Signal, da sie den Druck zu effizienteren Transportmitteln in den Industriestaaten reduziere. Die erhöhte Nachfrage nach Agrartreibstoffen werde durch den Anbau von Großplantagen zu Landkonflikten und Menschenrechtsverletzungen in den Entwicklungsländern führen. Da die landwirtschaftlichen Nutzflächen zunehmend für den Anbau von Energie anstatt von Lebensmitteln verwendet werden, bestehe die Gefahr, dass sich dies auf die Preise und die Verfügbarkeit von landwirtschaftlichen Produkten auswirke. Für die Menschen in den Entwicklungsländern sei damit eine Gefährdung des Rechts auf Nahrung verbunden. Die Bundesregierung solle daher die Konferenz zum Anlass nehmen, die Pflicht zur Beimischung von Agrartreibstoffen in Benzin und Diesel auszusetzen und ihren Fokus auf die entwicklungs- und klimapolitisch schlechteste Variante der Biomassenutzung überdenken.

(www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=544&Itemid=79)

Auch die im Dezember veröffentlichte Studie „**The World Food Situation**“ des internationalen Forschungsinstituts für Ernährungspolitik (IFPRI) warnte vor den Folgen der steigenden Nachfrage nach Biosprit, die neben dem Klimawandel und dem chinesischen Wirtschaftswachstum Ursache für Preissteigerungen und eine eingeschränkte Verfügbarkeit von Nahrung in den armen Ländern sei. Im Mittelpunkt der Studie stehen die zu erwartenden steigenden weltweiten Nahrungsmittelpreise in den nächsten Jahren. Die Preise für Grundnahrungsmittel wie Mais oder Ölsaaten könnten sich demnach bis zum Jahr 2020 um 72 Prozent erhöhen. IFPRI-Direktor Joachim von Braun forderte vor diesem Hintergrund den Abbau von Barrieren im internationalen Agrarhandel. Vor allem die reichen Industrieländer sollten ihre Märkte öffnen. Wenn Entwicklungsländer größere Exportchancen auf dem Weltmarkt hätten, könnten sie wesentlich dazu beitragen, die weltweite Produktion von Agrarrohstoffen auszubauen.

(www.ifpri.org/pubs/agm07/jvbagm2007.asp)

4. Paul Kagame erhält „African Gender Award“

Der ruandische Staatspräsident Paul Kagame erhielt im Dezember den „**African Gender Award**“. Mit dem Preis werden afrikanische Staatsoberhäupter geehrt, die sich für die Gleichstellung von Männern und Frauen einsetzen. In der ruandischen Verfassung ist eine Frauenquote von 30 Prozent in allen nationalen Entscheidungspositionen verankert. Darüber hinaus wurden in den vergangenen Jahren Beratungsnetzwerke für Frauen geschaffen, diskriminierende Gesetze abgeschafft und der Zugang von Frauen und Mädchen zu Bildung erleichtert. Mit einem Frauenanteil von 49 Prozent im nationalen Parlament nimmt Ruanda weltweit eine Spitzenposition ein. Am Obersten Gerichtshof sind 42 Prozent der RichterInnen – einschließlich der Präsidentin – weiblich. Der Preis wird alle zwei Jahre durch die Organisation „Woman Africa Solidarity“ und das „Committee of the African Women for Peace and Development“ verliehen. Gleichzeitig fand in der senegalesischen Hauptstadt Dakar das „African Gender Forum“ zum Thema Migration und Gender statt. (www.africangenderawards.org)

5. Entwicklung durch technologischen Fortschritt

Am 14. Januar wurde in Berlin der Bericht „**Global Economic Prospects 2008**“ der Weltbank vorgestellt. Im Mittelpunkt des diesjährigen Berichts mit dem Titel „**Technology Diffusion in the Developing World**“ steht die Verbreitung von Technologien in Entwicklungsländern. Diese seien eine Voraussetzung für deren ökonomischen und sozialen Fortschritt. Die größte Schwierigkeit der Entwicklungsländer liege jedoch nicht im Zugang zu den Technologien selbst, sondern in ihrer begrenzten Absorptionsfähigkeit. Grund dafür sei insbesondere die unzureichende Qualifizierung der Arbeitskräfte. Technologien können in den Entwicklungsländern nur genutzt werden, wenn mehr Investitionen in Humankapital erreicht werden. Gleichwohl stellt der Bericht fest, dass sich die Industrieproduktion im Jahr 2007 über alle Entwicklungsregionen hinweg beschleunigt habe. Insgesamt wird für das Jahr 2008 in den Entwicklungsländern ein Wachstum des Bruttonationaleinkommens (BNE) von etwa 7,1 Prozent erwartet, während die Prognose für das globale Wachstum bei nur 3,3 Prozent liegt. (<http://econ.worldbank.org/external/default/main?pagePK=64167689&theSitePK=4503324&contentMDK=21603882&noSURL=Y&piPK=64167673>)

Bereits im November 2007 fand in Rio de Janeiro eine UN-Konferenz über den Zugang zum Internet in Entwicklungsländern statt. Im Rahmen des **UN Internet Governance Forums** trafen sich rund 1 700 Vertreter aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Diskutiert wurden Fragen des Zugangs und der Nutzung des Internets in Entwicklungsländern. Obwohl das Internet das Potential habe, die Entwicklung von Bildung, Wirtschaft und Handel in armen Länder entscheidend zu befördern, bliebe noch viel zu tun, um es weiter zu verbreiten. Vor allem in Afrika fehlten durch die mangelhafte Infrastruktur ausreichend Internetanschlüsse. Nur vier Prozent der afrikanischen Bevölkerung haben derzeit Zugang zum Internet. Das Kernproblem liegt dem Forum zufolge in der mangelnden Finanzierung einer ausreichenden Infrastruktur.

(www.intgovforum.org/media_info.php)

6. Exportförderzonen als Entwicklungsmotor?

Das VENRO-Projekt „Perspektive 2015“ veröffentlichte im Dezember eine Studie mit dem Titel "**Exportförderzonen als Entwicklungsmotor? Erfahrungen aus der Bekleidungsindustrie in Choloma, Honduras**". Das zweite Heft der Reihe „2015 auf dem Campus“ geht der Frage nach, inwieweit transnationale Unternehmen in honduranischen Exportförderzonen einen Beitrag zu Entwicklung und Armutsreduzierung der Region leisten können. Anhand von empirischen Untersuchungen stellt der Autor die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Bekleidungsfabriken dar und kommt zu dem Ergebnis, dass sich die sozio-ökonomische Situation der ArbeitnehmerInnen insbesondere durch die öffentlichkeitswirksame Arbeit von Nichtregierungsorganisationen verbessert hat. Um ein breitenwirksames Wirtschaftswachstum und einen Rückgang der Armut in Honduras zu erreichen, sei jedoch eine nationale Strategie erforderlich, die im Dialog mit der Privatwirtschaft Arbeitnehmerrechte, die Gleichstellung der Geschlechter, Ausbildungskonzepte und eine stärkere Anbindung an die nationale Wirtschaft fördert. (www.2015.venro.org)

7. MDG 4: Kindersterblichkeit trotz Fortschritt dramatisch hoch

Im Januar erschien der Jahresbericht des UN-Kinderhilfswerks UNICEF „ **Zur Situation der Kinder in der Welt 2008**“. Daraus geht hervor, dass trotz weltweiter Fortschritte immer noch jeden Tag mehr als 26 000 Kinder unter fünf Jahren sterben. Die Hauptursachen sind Krankheiten wie Durchfall, Malaria, Masern oder Aids. Besonders dramatisch ist die Situation in Sub-Sahara Afrika, wo eines von fünf Kindern nicht älter als 5 Jahre wird. UNICEF fordert eine stärkere Integration und bessere Koordination von Gesundheitsprogrammen für Mütter, Säuglinge und Kleinkinder. Derzeit sind nur sieben von sechzig Ländern auf dem Weg, das vierte Millenniumsziel, die Reduzierung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel gegenüber 1990, zu erreichen.

www.unicef.de/5153.html)

Auch eine Studie der medizinischen Fachzeitschrift **Lancet** verdeutlicht die dramatische Situation. Sie zeigt auf, dass jeder dritte Todesfall von Kindern unter 5 Jahren auf mangelnde Ernährung zurückzuführen ist. Untersuchungen zeigen zudem, dass ein Zusammenhang zwischen Unterernährung im Kindesalter und der Gesundheit im Erwachsenenalter bestehe. Schon durch einfache Maßnahmen wie Stillberatung und Vitamin-A-Präparate könnten jedoch viele Todesfälle verhindert werden, so ein Autor der Studie. Aber auch die langfristigen Folgen von Unterernährung müssten durch nachhaltige Investitionen bekämpft werden. Vor allem müssten Frauen als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft anerkannt werden und Zugang zu Bildung und Wissenschaft bekommen.

www.thelancet.com/online/focus/undernutrition)

8. Schlechte Noten für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Die Bildungssituation in Entwicklungsländern ist Thema mehrerer Berichte die zum Jahresende veröffentlicht wurden. Die **“Fast Track Initiative – A global partnership to achieve Education for All”** weist darauf hin, dass in den 32 Ländern, die von der Initiative unterstützt werden, große Fortschritte bei der Einschulung der Kinder in Entwicklungsländern gemacht wurden. Insgesamt stieg die Einschulungsquote in den letzten fünf Jahren um 26 Prozent. Der Bildungsbericht **„No excuse“** der Globalen Bildungskampagne vergab hingegen 178 Regierungen Zeugnisnoten für ihre Förderung der Grundbildung in Entwicklungsländern. Nicht nur Geberländer wurden benotet, sondern auch die Eigeninitiative der Entwicklungsländer. Letztere schnitten insgesamt besser ab. Deutschland erreichte nur den 14. Platz unter den Geberländern, da die Bundesregierung im Jahr 2006 nur knapp ein Prozent ihrer bilateralen Hilfe für Grundbildung zur Verfügung stellte. Um zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einzustellen und jedem Kind die Grundschulbildung zu ermöglichen, sind nach Angaben der UN 6,2 Milliarden Euro nötig. www.education-fast-track.org/library/AR%202007%20Press%20Release%20eng%20Dec%203.pdf
www.bildungskampagne.org/documents/PM10_12_07Global_School_Report.pdf)

9. Internationales Jahr der sanitären Grundversorgung

Mit dem **„Internationalen Jahr der sanitären Grundversorgung“** weisen die Vereinten Nationen im Jahr 2008 auf ein oft vernachlässigtes Millenniums-Entwicklungsziel (MDG) hin: Weltweit haben 2,6 Milliarden Menschen – darunter 980 Millionen Kinder – keinen Zugang zu angemessenen sanitären Anlagen. Wöchentlich sterben nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO und UNICEF 42 000

Menschen an Krankheiten, die auf schlechte Wasserqualität und unzureichende Sanitär- und Hygienebedingungen zurückzuführen sind. Zudem habe die fehlende sanitäre Grundversorgung Auswirkungen auf die soziale Entwicklung und Bereiche wie Umwelt, Bildung und die Gleichstellung der Geschlechter, so UN-Generalsekretär Ban Ki Moon. Die UN rufen daher die internationale Gemeinschaft, nationale Regierungen und die Zivilgesellschaft auf, ihre Bemühungen zur Erreichung des MDG-Unterziels zur Halbierung des Anteils der Menschen ohne Zugang zur sanitären Grundversorgung bis zum Jahr 2015, zu verstärken. Bei gleich bleibendem Fortschritt hätten im Jahr 2015 immer noch 2,4 Milliarden Menschen keinen Zugang zu ausreichender sanitärer Grundversorgung. (www.sanitationyear2008.org; www.germantoilet.org)

Kurz notiert:

Ein aktualisiertes Länderprofil zum **Senegal** auf **PRSP-Watch** bietet neben ausführlichen Informationen zu den zivilgesellschaftlichen Partizipationsprozessen bei der Erstellung der Strategiepapiere zur Armutsminderung (PRSP) einen Serviceteil mit Links und weiteren Informationen. Trotz der Anerkennung als „good performer“ durch die Internationalen Finanzinstitutionen und viele Geber repräsentieren die am PRS-Prozess beteiligten Gruppen im Senegal die arme und ländliche Bevölkerung des Landes nur gering. (www.prsp-watch.de)

Die Heinrich-Böll-Stiftung und der Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E) haben einen gemeinsamen Internet-Blog unter dem Titel "Baustellen der Globalisierung" gestartet, der an den gemeinsamen G8-Blog anknüpft. Er bietet Möglichkeiten für Verlinkung und Vernetzung, für spontane Interventionen und auch ausführlichere Kommentare und Analysen. (www.baustellen-der-globalisierung.blogspot.com)

Der niedersächsische Verband für Entwicklungspolitik e.V. VEN veröffentlichte im Rahmen seines Projekts „**Planet 8**“ eine umfangreiche Broschüre zu den Millenniums-Entwicklungszielen. Darin werden die einzelnen Ziele vorgestellt, erläutert und in einen gegenseitigen Zusammenhang gestellt. Auch kritische Aspekte werden in der Broschüre genannt und Aktionen zur Armutsbekämpfung vorgestellt. (www.ven-nds.de/pdf/planet8_handreichung.pdf)

Einen neuen Newsletter, der monatlich mit wechselnden Schwerpunktthemen übersichtlich und kompakt über "Globales Lernen online" informiert, bietet das zentrale Internetportal zum Globalen Lernen an. Er enthält Nachrichten, aktuelle Meldungen, Hinweise auf Veranstaltungen, Lernmaterialien und weitere Internet-Ressourcen zur entwicklungsbezogenen Bildung. (www.globaleslernen.de)

Termine

7. Februar 2008, Berlin, GTZ Berlin

Zwischen Hörsaal und Projekt 2007/2008

7. Symposium

Informationen und Anmeldung: Julika.Schmitz@gtz.de,

7. Februar 2008, Berlin, Heinrich Böll Stiftung und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Gespräche zu Globalisierung und Nachhaltigkeit: Wege aus der Klimafalle
Buchvorstellung und Gespräch
Informationen und Anmeldung: www.boell.de

7. bis 8 Februar 2008, Berlin, Deutscher Naturschutz Ring und Forum Umwelt und Entwicklung

"100 Tage bis zur UN-Konferenz über biologische Vielfalt in Bonn"
Internationales Dialogforum
Weitere Informationen: www.biodiv-network.de

14. Februar 2008, Bonn, Diakonie Katastrophenhilfe und Caritas International

Klimawandel und Katastrophenvorsorge
Klimatagung
Information und Anmeldung: presse@diakonie-katastrophenhilfe.de

18. Februar 2008, Berlin, Heinrich Böll Stiftung und Evangelischer Entwicklungsdienst

KyotoPlus: Klimagerechtigkeit – aber wie?
Klimagerechtigkeit im Emissionsregime: Das Greenhouse Development Rights Framework
Informationen und Anmeldung unter: Foerster@boell.de

19. Februar 2008, Dresden, efau Kunstverein Dresden

DienstagsDebatten zur Entwicklungszusammenarbeit: Internationale
Entwicklungskooperation
Seminar
Informationen unter: www.riesa-efau.de

25. bis 29.02.08, Bonn, Forum NRW der Friedrich Ebert Stiftung

Entwicklungsländer – Gewinner oder Verlierer der Globalisierung? Was leistet die
internationale Entwicklungszusammenarbeit?
Seminar zur Entwicklungszusammenarbeit
Informationen und Anmeldung: christiane.woggon@fes.de

6. März 2008, Berlin, Brot für die Welt und Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Europäische Agrarpolitik fair gestalten – Anforderungen an die aktuelle Reform zur Stärkung
bäuerlicher Familienbetriebe weltweit
Internationale Tagung
Informationen und Anmeldung: C.Callenius@brot-fuer-die-welt.de

Herausgeber:

VENRO
Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“
Chausseestr. 128/129
10115 Berlin
Tel.: 030/280 466-70 / -71
Fax: 030/280 466-72
E-Mail: berlin@venro.org
Internet: www.2015.venro.org

Redaktion: Claus Körting & Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung